

Bergarbeiter-Zeitung

Organ des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands

Abonnementpreis monatlich 1,50 RM., vierteljährlich 4,50 RM.; durch die Post bezogen monatlich 3 RM., vierteljährlich 9 RM. — Verteilungsanzeigen kosten pro Zeile 75 Pf. — Preis- und Gehaltsanzeigen werden nicht angenommen.



Verantwortlich für den Inhalt: Karl Schuby; Druck: H. Pansmann & Co.; Verlag: Verband der Bergarbeiter Deutschlands, Jülich, Postfach 38-42. Telefon-Nr. 89, 69 u. 98. Telegr.-Adr.: Arbeiterverband Bochum.

Weihnachten im Wucher.

Laßt uns die Dinge sehen wie sie sind. Glaubst nicht, daß wir aus der Wirrnis herauskommen, indem wir im ausgeleiteten Gleise weiter trotten. Ueber 1900 Jahre sind verstrichen, seit nach dem poesievollen Bericht des Evangelisten das Kind geboren wurde, dessen Name durch die Jahrtausende leuchtet. „Friede auf Erden und den Menschen ein Wohlgefallen!“ sollte die gemeinigte Menschheit beseligen. Wo stehen wir mehr denn 1900 Jahre seit der Verkündung?

Das Hinschlachten dieser Millionen Menschen in „großer Zeit“ hat die Bestie im Menschen noch nicht gesättigt. Der Militarismus besitzt noch immer zahllose brünstige Verächter und machthungrige Verteidiger. Um ihm einen Schein von Existenzberechtigung zu geben, werden zu Lasten der Völker große Massenheere aufrechterhalten mit dem uralt-abgedroschenen Hinweis auf den „Erbsiend“. Wir zwingen uns, zu verstehen, daß handwerksmäßige Landsknechte der Ansicht sind, ohne sie jünge es einfach nicht. Die internationale Arbeiterchaft, zusammengeschlossen in freigerwerblich-organisations, hat dem Militarismus entschlossen den Kampf angelegt. Ihm muß begreiflich gemacht werden, daß er nicht einmal ein notwendiges Übel ist. Der Sieg der Arbeiterinternationalen über den Militarismus ist der Sieg der Humanität über die Barbarei. „Du sollst nicht töten!“ Ist das nicht auch ein Gebot des Christentums? Also helfe mit an seiner Erfüllung.

Unvereinbar ist der schamlose Wucher, der die Armen zur Verzweiflung treibt, mit dem christlichen Gebot der Nächstenliebe. In zahllosen hochragenden Kirchen und stolzen Domen wird seit vielen Jahrhunderten gegen die Verderblichkeit des Mammonismus gepredigt. Mit welchem Erfolg? War die Jagd nach dem Profit, die mitleidlose Bewucherung „des Nächsten“ jemals ärger als in unserem Zeitalter der Agiologie, des prägenden Hochkapitalismus, der verbrecherischen Valutapfehlung? Wirk es nicht als ein Zeichen besonderer geistlicher Tüchtigkeit gerühmt, wenn ein Spekulant sich riesenhafte Reichtümer auf Kosten der Allgemeinheit, wucherisch Besitzum auf Weltkum häuft, indem er „den Nächsten“ seiner Habe auf „legale“ Weise beraubt, der ehrlichen Arbeit ihren gerechten Lohn vorenthält? Wie verträgt sich das mit dem tiefgründigen Wort: „Wer zwei Röcke hat, gebe dem, der keinen hat!“ Man betrachte sich den überreichen Finanzfürsten, dessen Besitz der Krieg noch gewaltig vergrößert hat, daneben den jammervoll verkrüppelten, um ein Stück Brot bittenden Kriegskrüppel. Und dann beantwortet man die Frage: Was würde der hochsinnige nazarenische Zimmer-

mannssohn zu dieser „Weltordnung“ sagen? Er, der die Wucherer und Wucherer mit Geißelstößen züchtigte! Wo sind seine gleichgesinnten Nachfolger? Wer von den beruflichen Verkündigern seiner Lehre stellte sich rüchhaltlos auf die Seite der Ausgewucherten, um ohne Scheu vor Schimpf und Verfolgung die mammonistische Profitjagd als die Grundursache der erschreckenden Demoralisierung der Menschheit zu geißeln? Einstens haben geistlich hochtragende Verkünder der christlichen Sittenlehre in gewaltiger Rede die Entartung des Eigentumsbegriffs gebrandmarkt und sich sogar nicht gescheut, für die Abkehr von den christlichen Liebeslehren die Existenz des Privateigentums überhaupt verantwortlich zu machen. Der „Lanz um das goldene Kalb“ verdirbt die Menschen, tötet in ihnen die Güte. Aber lang, lang ist's her, seit solche Brandmarkung der kapitalistischen Gewinnjäger aus dem Munde eines Kirchenlehrers zu vernehmen war. Den Worten folgten nicht entsprechende Taten. Das Übel wurde nicht an der Wurzel ergriffen. Der Eigentumsfanatismus wucherte darum immer üppiger. Die „modernen“ Christen entfernten sich immer weiter von der praktischen Anerkennung der Brüderlichkeit, sie ergaben sich immer mehr dem Jagen nach dem Mammon. Die sogenannten „Schwärmer“ aber, welche des Übels Kern aufzeigten, wurden verhöhnt, verleumdet, sogar als „Feinde der Ordnung“ gerichtet. Wie auch ihr Lehrmeister als „Schwärmer“ und „gotteslästernder Verheer des Volkes“ den Mammonsanbetern geopfert wurde. Die Tragödie der Menschheit.

Wir sehen und wir empfinden es bitter, wohin es mit der unglücklichen Menschheit im Zeitalter der schrankenlosen, mitleidbaren Wucherei, in der Herrlichkeit des Hochkapitalismus gekommen ist. Der Gewaltigkeit der privatkapitalistischen Vermögensanhäufung entspricht die furchtbare Größe der Wucherei. Die Gewinnjäger ist zur Raserei gediehen. Und in dieses widerliche Treiben läuten die Weihnachtsklöden hinein: „Frieden und Wohlgefallen den Menschen!“

Die schöne Botschaft kann nicht eher zur Erfüllung gelangen, als bis der angebliche „Rechtszustand“, der die Menschen in kapitalistische Ausbeuter und kapitalistisch Ausgebeutete scheidet, beseitigt ist. Das ist die Schicksalsfrage der Menschheit. Laßt euch darüber nicht hintertäuschen durch Salbadern von „immer so gewesen“, von „Undurchführbarkeit der Sozialisierung“ und dergleichen mehr. Es ist die Schicksalsfrage! Wösen wir sie nicht gegen den Kapitalismus, dann wird die Menschheit niemals das weihnachtliche Fest des Friedens und Wohlgefallens frohen Herzens feiern können.

sch noch über zu geringe Kohlenpreise und Kapitalberzinsung beklagt und erklärt, wenn seine bessere Verzinzung eintrete, würde das Kapital Unterlagen im Auslande suchen, „was trotz Kapitalfluchtgefahr durch entsprechende Verwendung der Auslandsguthaben nicht schwer fallen dürfte“. Jynischer sei wohl niemals die große Kapitalberzinsung in das Ausland zugegeben worden. Hier komme eine Verneinung des Staatsbankrotts zum Ausdruck, die charakteristisch ist für die streife, die früher den Staatsgedanken auf die Spitze getrieben haben.

Woher kommen, fragt der Redner, die großen Auslands Guthaben deutscher Kapitalisten? In welchem Maße ist der preussische Bergwerksstatus an dem Auslandsverkehr des Rheinisch-Westfälischen Stechensyndikats beteiligt? Wie hoch sind die Valutagewinne bei der Ausfuhr von Kohle, Koks und Breiten? Wohin fliegen diese Valutagewinne? Welchen Anteil hat der preussische Bergwerksstatus überhaupt an dem Exportgeschäft und wie werden diese Exportgewinne verrecknet? Redner bittet um genaue Auskunft über diese Punkte. Er fragt auch den Minister, wer den Vertreter des Bergwerksstatus im Rhein-Westf. Kohlenyndikat beauftragt habe, für die Uebergabe der staatlichen Duisburg-Ruhrorter Häfen an ein privatkapitalistisches Konsortium Geldmittel bereitzustellen? Das sei zwar geschehen unter der Ausfertigung des früheren Ministers, aber es müsse jetzt darüber Klarheit geschaffen werden. Es müsse auch Klarheit geschaffen werden über die wirtschaftlichen Selbstkosten bei der Kohlengewinnung. Schematische haben bei der letzten Lohnerhöhung im Ruhrgebiet die Lohnkosten pro Tonne durchschnittlich höchstens 60 RM. Erhöhung erfahren. Tatsächlich sind aber nur verhältnismäßig wenig Kohlenorten im Preise unter 120 Mark. Die meisten meist sind über 150 Mark, einige sogar über 200 Mark gestiegen worden. Diese Preissteigerung ist gar nicht zu rechtfertigen mit dem Hinweis auf die Lohnerhöhung. Redner fragt nach den Selbstkosten der fiskalischen Zechen, ob und in welcher Weise die Selbstkosten vor der letzten Preissteigerung gewährt worden seien und ob bei dieser Prüfung Betriebsräte mitgewirkt hätten, ferner ob die Nebenprodukte bei der Selbstkostenberechnung mit berücksichtigt worden seien. An dem Beispiel der Aktinindustrie weist Redner nach, daß die kapitalistische Wirtschaft unfähig sei, gemeinwirtschaftlich zu handeln. Auch unsere Eisenerzindustrie zeige eine große Mangelhaftigkeit. Statt die nach dem Luftschlag-Verfahren nur noch verhältnismäßig kleine inländische Eisenerzförderung ganz in unseren Hüttenbetrieben auszubrauchen, müßten wir schon im Ende 1920 Betriebs-einschränkungen, Feierschichten, Arbeiterentlassungen, sogar Betriebs-einstellungen in der Eisenerzindustrie des Ruhr- und Saarlandes erleben. Nachdem der große Markttag eingetreten, würden auch die Lohn- und Dörze wieder stärker abgenommen. Beweis genug, daß sie gebrauchsfähig sind. Die Eisenindustrie muß eventuell beschränkt werden. Redner bittet den Minister, dem Eisenerzbergbau eine besondere Aufmerksamkeit zu widmen und ihn vor privatkapitalistischer Verwüstung zu schützen.

Redner wandte sich dann zum Schluß der Besprechung der Kohlenwirtschaft zu. Im Sommer und Herbst sei bereits eine Ueberförderung an Braunkohle eingetreten. Am 1. Oktober habe der Reichskohlenkommission die Kontrolle über Koks und Kohlen schon aufgehoben. Es herrsche hier also freie Wirtschaft. Man habe damals gesagt, Koks sei im Ueberfluß vorhanden, man habe größere Mengen ausgeführt. Nun auf einmal heiße es an allen Ecken und Kanen, es herrsche Koksangel. Die Lage auf dem Koks- und Kohlenmarkt sei sehr unheimlich. Ein Teil der Eisen- und Stahlwerke sei mit Koks und Koks verjorgt, die anderen litten unter starkem Mangel. Das eine Elektrizitätswerk habe ausweichend Kohlen, das andere müsse wegen Koksmanget Einschränkungen vornehmen. Der Minister solle einmal die Vorrechte der Gärten zechen oder der Zechenbütten ansehen. Er soll auch die einzelnen Ausfuhrposten genau überprüfen. Vielleicht helfe sich dann heraus, daß in der Kohlenwirtschaft manches faul sei. Die Enterte erhalte zurzeit monatlich 1,6 Millionen Tonnen Qualitätskohle. Unserer Kohlenverföhrung fehle diese natürlich. Man müsse darauf hinwirken, daß die Enterte, namentlich Frankreich, mehr Saarkohle verbrauche. Im Saargebiet lägen ungefähr 500 000 Tonnen Koble unverkauft auf Lager. Die Saarbergleute müßten Forderungen machen und kritisch Lohnabhängige. Durch die Reparationskoble, die zu billigen Preisen abgeliefert werden müßte, sei nicht zureichend die große Arbeitslosigkeit bei der englischen Bergarbeiter und auch die, wenn auch nicht so fröhliche Lage der belgischen und französischen Bergarbeiter herbeigeföhrt worden. Das würde von der ausländischen Bergarbeiterchaft bereits eingeschoben. Wenn es die Leiter der Ententestaaten auch einschäen würden, könne man ohne große Schwierigkeiten auch zu einem Einverständnis über eine vernünftige Regelung des Kohlenaustausches kommen. Die Erhöhung der Kohlenpreise durch Schichtverlängerung würde von den Unternehmern als einziges erfolgversprechendes Mittel gepriesen. Die Bergarbeiterchaft sei nicht dieser Ansicht. Sie fordere durchgreifende technische Verbesserungen der Betriebe und uneingeschränkte Anerkennung der Mitwirkung der Betriebsräte. Im Rohleisenausschuß des Eisenwirtschaftsbundes hätten Vertreter der Hüttenindustrie die Bergarbeiter als arbeitsunfähig hingestellt. In der „Bergwerks-Zeitung“ würde gegen die Bergarbeiter gehetzt und bei Beratungen über die Sicherung der Tarifverträge habe sich nicht herausgestellt, daß die Bergwerksbesitzer die andererseits fensational herbeigeföhrene Kohlennot rüchaltlos anerkennen. Die Arbeiter und Angestellten sind zweifellos willens, hingebend zu arbeiten für die Erhaltung des Reiches und des Staates. Es besteht aber in der Arbeiterklasse keine Reigung, Maßnahmen zu unternehmen, durch welche der Kapitalismus weiter geföhrt wird, zumal nach den Erfahrungen mit der schamlosen Wucherei, der Verweigerung der Steuerzahlung an das Reich usw. Die zehn Forderungen des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und der Afa seien wirklich ein gemeinnütziges Programm. Für dieses Programm treten auch die freigewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter und Bergbauangestellten ein.

Im weiteren Verlauf der Debatte sprachen die Abgeordneten Steger (christlicher Gewerksvereiner) für das Zentrum, Dr. v. Waldhausen für die Deutschnationalen, Seidel für die Deutsche Volkspartei, Sobotta für die Kommunisten und Amerab Ditter für die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands.

Aus der Rede des Kameraden Ditter seien folgende Kernpunkte hervorgehoben: Der Herr Handelsminister trat für eine Eröberung der Kohlenproduktion ein. Diesen Wunsch haben auch wir. Er teilte mit, daß die Verhandlungen wahrscheinlich zu einem guten Ergebnis führen werden, was auf eine Steigerung der Kohlenproduktion hoffen läßt. Mit diesem Ausdruck hat der Handelsminister die Lage aus dem Saad gelassen. Die Bergarbeiter haben schon ungeheure Opfer gebracht und auch das denkbare Schwerkste geleistet. Will man jetzt dennoch den Bergarbeitern die Arbeitszeit verlängern, so wird man auf Granit stoßen. Die meisten Bergarbeiterfamilien haben nicht einmal 10 Pfund Kartoffeln im Keller, dabei sollen sie sich noch mehr abfinden. Wir warnen die Regierung vor diesem Schritt. Nach die Kohlenindustrie so ungeheure Gewinne erzielt hat und in erster Linie die hohen Kohlenpreise schuld, die der Reichskohlenrat festgesetzt hat. Man hat den Werksbesitzern zu viel gegeben. Die Herr Bergmann bei Witten sollte stückgeleitet werden, weil der Schwager des Reichers der Dörze, der Bergarbeiter Flegel, die Zechen gewerkschaftlich hat. Nachdem dieser Herr dabon gejagt wurde, hat sich der Leistungseffekt von 0,24 auf 0,12 sinken lassen. Der Herr Bergarbeiter Gader hat...

Bergwerksdebatte im preussischen Landtag.

Schz spät kam der Bergwerksrat im preussischen Landtag dieses Jahr zur Erörterung. In drei Sitzungen, am 7., 9. und 10. Dezember, beschäftigte sich das preussische Parlament mit den wichtigsten bergbauwirtschaftlichen Fragen. An der Spitze des preussischen Handels- und Gewerbestatistikbüros, dem bekanntlich auch die Verwaltung der staatlichen Bergwerke unterstellt ist, steht nach dem Abgang des Herrn Fischel der sozialistische Abgeordnete von Berlin, Wilhelm Stiering. Von Beruf ist er Schmelzer und war jahrelang einer der Leiter der Berliner Metallarbeiterorganisation. Zum ersten Male steht ein Politiker mit sozialistischer Grundanschauung an der Spitze des preussischen Handels- und Gewerbestatistikbüros. Sicherlich hat der neue Minister keine leichte Aufgabe übernommen. Eine altpreussische, streng bürokratische Liebertätigkeit, entschiedene Sympathien mit der preussischen Bergbauwirtschaft, die sich selbst im genannten Ministerium. Die Schwerindustrie sind es seit langem gewohnt, in dem preussischen Handels- und Gewerbestatistikbüro einen Gegner aller sozialistischen Wirtschaftsreformen zu erblicken. Wenn die Leitung dieses Ministeriums nun ein sozialistischer Wirtschaftspolitiker übernommen hat, so kann man die Menge der dem neuen Minister entgegenstehenden Schwierigkeiten leicht ermessen.

Handelsminister Stiering führte in seiner Einföhrungsrede aus, daß er sich bemühen werde, den Aufgaben seines Amtes gerecht zu werden. Der Staat Preußen sei durch die Kriegsfolgen besonders stark in seiner Bergbauindustrie getroffen worden. Das Saargebiet mit einer Jahresförderung von 12 Millionen Tonnen, fast alle aus Staatsgruben gebildet, sei unter spanische Vormachtigkeit gestellt. Durch die Entschädigung über Oberschlesien seien über 75 Prozent der obersteilischen Kohlenförderung an Polen gefallen. Von den vier hervorragend guten Staatsgruben in Oberschlesien würden zwei ganz und eine dritte zur Hälfte polnisch. Gemäßliche obersteilische Eisenerzgruben seien an Polen. Von den 16 Zink- und Kupfergruben blieben nur vier deutsch. Der Bergbau habe in Oberschlesien die besten Felder gehobt, ihn treffe der Verlust Oberschlesiens besonders stark. Es müsse versucht werden, durch starke Ausbeutung der Kohlenfelder namentlich in Westfalen, den erlittenen Verlust so weit wie möglich auszumachen. Die Kohlenförderung habe sich im Jahre 1921 erfreulich gehoben, wobei allen im Bergbau Beschäftigten Dank gebühre. Eine Kohlennot bestände zweifellos. Sie sei augenblicklich zum großen Teil eine Folge der schwierigen Transportverhältnisse. Weil die Wassertröber wegen des Wassermangels nur geringfügig benutzt werden könnten, müsse die Eisenbahn stärker angespannt werden. Der Umlauf der Wagen dauere länger und infolgedessen sei der Wagenmangel jetzt stärker aufgetreten. Dem müsse aber abgeholfen werden. Die Reform der staatlichen Bergbauverwaltung würde vorgenommen werden, wobei auch Rücksicht zu nehmen sei auf die Reichseisenerzgesetzgebung. Bei der Reformierung der Verwaltung müßten auch die anregenden Vorschläge der Betriebsräte beachtet werden. Der Minister sprach sich über-

Betriebsräte aus und erklärte, es werde sein Bestreben sein, ein möglichst reibungsloses Zusammenarbeiten zwischen Betriebsdirektionen und Betriebsräten herbeizuföhren. Auch kündigte der Minister die Schaffung eines Grubenobersteilischen Amtes an, dem die Aufgabe ziele, alle Maßnahmen und Vorschläge für die Verbesserung des Grubenobersteilischen Zustandes zu prüfen und geeigneten zur Durchführung zu verhelfen. Auch hier sollten die Vertreter der Belegschaften neben den akademisch gebildeten Bergbaukundigen zur Wirkung herangezogen werden. Der Minister schloß mit der Bitte, der Landtag möge ihn unterstützen, damit ihm die Erfüllung der gestellten Aufgaben gelänge.

Im Anschluß an die Rede des Ministers erklärte der Abgeordnete Kamerab Sue, seine politischen Freunde seien gern bereit, den neuen Minister zu unterstützen, dessen schwierige Stellung nicht verkannt werden dürfe. Es müsse von der Bergwerksabteilung des Ministeriums mehr Akt nität gefordert werden. Die Reform der Verwaltung sei nicht mehr aufzuschieben. Bei der Aufstellung des Reformprogramms müßten die von den Betriebsräten der Bergarbeiter und Angestellten gemachten zahlreichen Vorschläge ernstlich berücksichtigt werden. Es genüge auch nicht, in den Ausschüßrat der Sibirien drei Mitglieder des Landtages hineinzusetzen, sondern der Minister solle auch dem Betriebsrat eine Vertretung im Ausschüßrat verschaffen. Es brauche damit nicht gewartet zu werden, bis der Reichstag das betreffende Gesetz beschließen habe. Mancher bürokratische Haß müsse abgemittelt werden. Der letzte Betriebsbericht über die fiskalischen Unternehmungen reiche bis zum 30. März 1920. Zwischenzeitlich sei wieder ein volles Etatsjahr verlossen und auch schon wieder das erste Semester des laufenden Etatsjahres. Von dem Geschäftsgewahren der fiskalischen Betriebe habe der Landtag während dieser 18 Monate nichts erfahren. Hier müsse unbedingt eine raschere Berichtserstattung eintreten. Der Minister solle dafür sorgen, daß dem Landtag alsbald wenigstens ein vorläufiger Bericht über die Ergebnisse der fiskalischen Betriebe seit April 1920 zugehe.

Redner geißelt die monarchistischen Demoralisationen, durch welche in Bad Oeynhausen republikanisch gesinnte Kurzföhre belästigt wurden. Es sei sogar bis zur Mißhandlung republikanisch gesinnter Kriegsbeteiligter gekommen. In Oberschlesien hätte die Verabschiedung des Stebenkündengesetzes schon im vorigen Jahre eine für Deutschland noch glänzendere Stimmung erzeugt. Ein solcher Festfall sei es, daß der Fiskus nur an Beamte, die überdies keinen Gehaltsverlust hatten, eine Auslandsentschädigung zahlte, während Arbeiter und Angestellte, die tatsächlich schwere Verluste erlitten, keinen Pfennig erhielten. Im Saargebiet jehre die französische Ammelkonistenpropaganda immer noch von den Fehlern des früheren saarabischen Regiments. Unter den alten preussischen Bergbeamten, die in französische Dienste getreten seien, befänden sich die schlimmsten Beuteichinder. Die Annahme der Frankensöhne sei eine Folge der Frankensöhne für die Kohle, nicht etwa ein Belenntnis gegen Deutschland. Saarabische wie auch obersteilische Großindustrielle hätten durch ihr Verhalten bewiesen, daß der Arbeiterdiktator Karl Brügger durchaus recht hatte, als er schrieb: „Der arme Sohn wird der treueste Sohn des Vaterlandes sein.“ Die den Deutschnationalen und Schwerindustriellen sehr nahe-

notwendigen Wasserpumpen zerlegen lassen und sie ohne Wissen des... als Ersatz für eigene Rechnung verkauft. Auch die... sollen daran glauben. Wegen Schädigung wurde auch dieser... Davon ist die Kohlenproduktion gestiegen, so ist... notwendig, daß diese aus der Praxis in Betriebsleistungen... werden. Den Arbeitern müssen mehr Bedürfnisse bezüglich der... erfüllt werden. Die Arbeiter stehen folge ihrer... ihren Überlebensfähigkeit der Kohlenproduktion nur hinsichtlich im Wege... der Produktion der Bergverwaltung herrscht immer noch der alte... reaktionäre Geist. Bei dem Geschehen über die Zusammen... der Grubenfelder im Oberbergamtsbezirk Dortmund mußte die... der Verwaltung durch den Verkauf des Ausschusses gezwungen... die herkömmlichen Grubenfelder für den Staat in Anspruch zu... Die Bergverwaltung hat für den Staat nichts übrig, sie... eine Aktion nach der anderen dem Privatkapital.

Soll eine Forderung in der finanziellen Lage des Staates eintreten... der Handhabung der Pflanz, mit einem Besen in der Berg... und Nehaus zu halten. Auf den politischen Bergwerken in... sind man, es sehr laut. Auf Anweisung V herrscht immer... der Bergarbeiter-Friedrichshaus. Als im vergangenen Herbst die... auf der Halde in Brand gerieten und der Betriebsobmann ihn... auf aufmerksam machte, erklärte dieser Herr: "Warum sehen... sich den Häuten überhaupt an?" Gegen ihren... werden Bergarbeiter von der Seite zum Privatunternehmer ver... Wenn sie in der zur fiskalischen Sache zurückkehren wollen, müssen... drei Monate lang anderwärts arbeiten. Diese Abmahnung... der Arbeitnehmern und den Leitern der fiskalischen Zechen... den schamlosen Terror gegen die Bergarbeiter. Die Bauver... Arbeiter und Werker haben in den Verhandlungen, die sie... im Hauptberuf erledigt haben unter Aufsichtnahme der technischen... in dem Hauptberuf, 65000 Mark aus dem Kohlenfonds... Die Betriebsräte werden vom Herrn Friedrichshaus nicht be... ersetzbar. Wenn Hauptkassier haben Bergarbeiter und Beamte... die verfassungsmäßige Regierung zu wählen, zum Streit gerufen... die Beamten ihre reaktionäre Einstellung damit bekräftigen haben... Herr Friedrichshaus ihre Gehälter gekürzt. Es wäre ein Verbrechen... die Beamten der Friedrichshaus noch treuer als Leiter der... die Beamten der Friedrichshaus noch treuer als Leiter der... die Beamten der Friedrichshaus noch treuer als Leiter der...

großen Aufgaben entsprechend geskult würden. Notwendig sei, daß... die Staatsverwaltung auf die einzelnen Berginspektionen einwirkte, daß... diese sich demilitärisierten, ein gezieltes Verhältnis zu den Betriebsräten... herbeizuführen. Neben besperrt dann einzelne Beschwerden von den... einzelnen Werken bei Reichshausen. Auch bei der Errichtung... des Grubenfeldes hätte man sich seine politischen Freunde... mitarbeiten. Ebenfalls würden das die Bergarbeiter tun. Die Haupt... sache sei, daß aus dem Beschluß vom 15. Juli d. J. etwas Gutes... geschaffen werde und die Sicherheit in den Gruben immer größer würde... Es sei notwendig, daß die Revision der Förderer... tungen in ihrer vorgenommen werde und daß alle Jahre einmal eine... Generalrevision erfolge. Er hoffe, daß der nächste Bericht ein besserer... sein werde. Neben verlangt ferner, daß der Sitz des Bergarbeiters... möglichst in die Mitte des Reviers verlegt wird, damit die Beamten... schnell zu den einzelnen Zechen kommen und auch die Bergarbeiter und... Angehörigen nicht mehr so weite Wege zu den Bergarbeiterbeamten zurück... zulegen brauchen. Er empfiehlt die Annahme eines Antrages, der... die Zuzug von seinen Freunden gestellt ist.

Die Abstimmung über alle vorliegenden Anträge wurde erst in der... Sitzung vom 13. Dezember vorgenommen. Angenommen wurden die... Anträge, welche von der Staatsregierung vorliegen:

In den Haushalt der Präs., Kammern und Staatsverwaltung für... 1921 wurden 1000000 Mark für die Entsendung von Lehr... kräften der Berg- und Kohlenbau zu den Betriebsräten in die... Minen eingesetzt. Außerdem wurden entsendend dem Beschluß... des Hauptauschusses für verschiedene Einzelteile höhere Beträge be... willigt. Unter den vielen Einzelmaßnahmen und Anträgen befinden sich... solche, die sich gegen den beschlossenen Lohnnachtrag der Arbeitgeber... verhältnisse richten, die wünschen, daß die Betriebsvertretungen... bei Materialmangel auf den Staat in Form von Leihgaben, daß der... Bergarbeiterleistungen durch höhere Beförderung von Lehrern... und Aufstiegsstellen mit Gehalt gekürzt werden soll, daß liberal... bergamtsbezirkliche Fortbildungsausschüsse eingeführt werden. In... den Aufsicht der Sicherheit sollen auch Mitglieder des Betriebsrats be... rufen werden. Andere Anträge betreffen sich mit der Reform des... der kleineren und weniger leistungsfähigen Reviers. der Sch... lung der bergamtsbezirklichen Reviers durch Einsetzung von Revisoren... in Verbindung mit den Bergarbeitern, der Einsetzung von Lehrern... an den bergamtsbezirklichen Schulen in Minen; ferner sollen die Ab... schriften der Revierschulen die Möglichkeit haben, die technische Sach... schule zu besuchen. Auch wird die Regierung ersucht, bei der bevor... stehenden Verabschiedung des Reichsberggesetzes betreffend Beamtenentwertung... auf die Verabschiedung der Verhältnisse der Betriebsbeamten hinzu... wirken. Ein weiterer Antrag erübt das Staatsministerium, auf den... die allgemeinen bergamtsbezirklichen Reviers einzuwirken, damit dort... von herrlich Frankfurter besetzen, die eine zweckdienliche Bestand... teilung der Reviers ermöglichen, vom Bau von Anbauabteilungen... abgesehen wird. Von 20 Anträgen seien folgende ihrer Wichtigkeit... entzogen und nicht mehr weitergeleitet:

- Das Staatsministerium wird ersucht:
1. dahin zu wirken, daß Berufskrankheiten des Bergmannes... Lungentumoren, Antriebskrankheiten, Wurmkrankheit, Mieserger... tungen, der Unfallversicherung unterstellt werden.
 2. die von dem Herrn Minister der Handels- und Gewerbeverwaltung... in Aussicht gestellten Vorlagen über die Verfassung der Betriebs... der Kohlen- und Bergwerke in Anbetracht der... Dringlichkeit einer laienmännlichen Verwaltung dem Landtag so... bald als möglich zurufen.
 3. im Reichsrat dafür einzutreten, daß die bestehende Reform der... Reichsberggesetzgebung beschleunigt und daß bei dieser Reform... den besonderen Gefahren des Bergbauwesens durch über die all... gemeine Regelung hinausgehende Bestimmungen über Rentenwesen... Prüfverfahren und Ausbildungsmaßnahmen mehr als bisher Rech... nung getragen werde.
 4. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß der Entwurf eines... Reichsberggesetzes, der bereits im wesentlichen die Zustimmung... der Vertreter der Bergarbeiterschaft gefunden hat, mit un... schiedener Beschleunigung den gesetzgebenden Körperschaften zur Ver... abschiedung vorgelegt wird.
 5. auf die beschleunigte Vorlegung eines Reichsberggesetzes bei der... Reichsregierung hinzuwirken.
 6. bei Angehörigen der Arbeitnehmer die Angehörigen der Arbeit... nehmer und Angehörigenorganisationen als Vertreter zuzulassen.
 7. die im Gebiet der Oberbergämter Halle und Clausthal noch be... stehenden Bergregale auf der Grundlage des in der preußischen... Landesversammlung (Drucksache Nr. 2522) bereits beschlossenen... Gesetzes zur Überführung der landesherrlichen Bergregale an den... Staat aufzuheben.

In der verfassungsgemäßen preussischen Landesversammlung war... ein Antrag Kaufmann und Genossen zur Annahme gelangt, der eine... Untersuchung der Zeitschriftenverhältnisse unter Hinzuziehung der Be... trieberräte verlangte. Dieser Beschluß war die Staatsregierung nach... gekommen und es wurde darüber ein Bericht vorgelegt. Aus dem Be... richt geht hervor, daß 89 Zeitschriftenblätter und 325 Nebenanlagen... bzw. Hilfsfahrtsverhältnisse untersucht wurden. Es wurden in... 71 Fällen Selbstbescheidigungen festgestellt, während in 52 Fällen die... fangvorrichtungen verlegt haben. In 38 Fällen wurde das Fehlen... oder der mangelhafte Zustand von Spurlaternen festgestellt. Die Ein... träge gaben in 12 Fällen Veranlassung zur Beanstandung, 29 Schächte... mußten wegen baulicher Beschaffenheit beanstandet werden, außerdem... waren noch 12 weitere Beanstandungen wegen Mangel an den Sicher... heitsapparaten, Zwischengeschichten, Förderwänden, Förderseilen zu machen... Im Oberbergamtsbezirk Dortmund wurden bei 427 Zeitschriftenblättern... 88 Fördererleistungen oder 26 Prozent beanstandet, Oberbergschein 42... und Niederbergschein sogar 54 Prozent. Der Bericht beweist also, daß... den Beschluß der Landesversammlung notwendig war und daß auch... jetzt noch weitere, besonders Revisionen notwendig sind. Der Landtag... nahm auf Antrag des Ausschusses für Handel und Gewerbe folgenden... Antrag einstimmig an:

Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu er... suchen, in allen preussischen Bergwerksbetrieben neben den berg... polizeilichen vorgeschriebenen regelmäßigen Revisionen alljährlich eine... außerordentliche Prüfung der gesamten Zeitschriftenanlagen durch die... zuständigen Bergpolizeibehörden unter Hinzuziehung der Betriebsräte... anzuhängen und dem Landtag alljährlich bei Beratung des Bergregals... das Resultat der Prüfungen in besonderer Vorlage zu unterbreiten.

Eine Reihe weiterer Anträge, die sich mit Beamtenfragen usw. be... zogen wurden dem Beamtenausschuß überwiesen, während Anträge... die verlangten, daß höhere Summen in den Etat eingestellt werden... sollten, dem Hauptauschuß zu überweisen waren. Ein Antrag Kauf... mann, Opperich und Genossen, betreffend Stilllegung von Bergwerks... unternehmungen, wurde dem Ausschuß für Handel und Gewerbe zur... Vorberatung überwiesen.

Von Bedeutung ist noch, daß der Minister für Handel und Gewerbe... anordnete, daß der Beschluß des Landtages vom 15. Juli d. J. auf... Errichtung eines Grubenfeldes und von Grubenfeldes... kommissionen für den preussischen Bergbau halbtägig in Erfüllung gehen... würde und daß alles geschehen solle, um die Sicherheit im preussischen... Bergbau zu erhöhen, damit die Bergarbeiter für ihre schwere und ge... fährliche Berufsarbeit, soweit es menschlich möglich sei, gesichert wäre... Es kann ruhig gesagt werden, daß die Beratungen des Bergregals... und die dazu gehörigen Beschlüsse für den Staatsbergbau und dessen... Beamte und Arbeiter von Vorteil wäre, daß aber auch andererseits... die Möglichkeit gegeben ist, den gesamten preussischen Bergarbeitern eine... Erleichterung ihrer schweren Arbeit zu ermöglichen und verschleierte... Wünsche der Erfüllung näher zu bringen.

Das Massenunglück von Mont Genis.

Der Betriebsratsvorsitzende, Antonius Luczynski, teilt die schuldigen... Weiteres Belastungsmaterial.

Die Opfer von Mont Genis liegen schon ein halbes Jahr im... Äther Erbe. Ein halbes Jahr beschäftigt sich die Öffentlichkeit mit... dem Unglück. Wenn sich auch die Zeiten und Verhältnisse geändert... haben, die Reihe zwischen Unternehmer und Arbeiter hat sich nicht... wesentlich geändert. Wie bei allen früheren Massenunglücken, haben die... Arbeiter auch diesmal wieder den größten Teil der Schuld auf die... unheimlichste Ausstellungsweise, während die Unternehmer und... die Proleten die Schuld auf die Arbeiter abwälzen, weil diese... die bergpolizeilichen Vorschriften nicht beachtet... haben. Nur wer die Seele des Bergarbeiters versteht, kann begreifen,

daß eine solche Selbstmordbestrafung die Bergarbeiter... auf's tiefste verletzen und empören muß. Weil wir berufen sind, das Leben der Kameraden zu schützen, ist... es unsere Pflicht, so zu wirken, daß die Unfallgefahren im Bergbau... vermindert werden. Jeder einsichtige Mensch weiß, daß dies nur mög... lich ist, wenn man die Ursachen der Unglücke kennt. Die "Bergarb.-Blg."... sowohl wie alle im Verbandsrat tätige Kameraden haben sich des... halb zur Aufgabe gemacht, ihr Möglichstes zu tun zur Aufklärung der... Ursachen der Grubenunglücke. Nicht ist diese Notwendigkeit nicht... wohl verstandene Ursachen und bunte Gemalten den Weg versperrt... Nicht alle in der privaten Welt, weicher um seine bunte Erlebens... spielt dabei eine Rolle, sondern erst die Arbeiter selbst und erst... in Vertretung der Dinge. Erinnert sich hier an das sozialistische... nehmen der kommunistischen Presse, welche blindwütig allen die Schuld... am Mont Genis-Unglück aufmachte, die nicht moskowitzisch denken. "Die... Gew.- und Lebensm.", die Organisationsleitung (des Verbandes... D. Red.) ist der maßgebende "Leitende". So und noch gemeiner... schuldige und die kommunistische Presse. Wievielmal angeführt... ichterlichen Unglücks jede weitere Verleumdung verdammt wurde, wä... rend man den Atomatomus hochleben ließ, soll nicht aufgezählt... werden.

Der Erst dieser Woche auf den Kommunismus überkam uns aufs... neue, als sich in Sabinagen (Gemeinde, zu der Mont Genis gehört)... folgendes abspielte: Am 5. Dezember, abends 9 Uhr, lagte eine Beleg... schäftsversammlung der Zeche Mont Genis im Lokale Boromann. Durch... das reaktionäre Verhalten der Werksleitung provoziert, wurde der kom... munistisch-sozialistische Betriebsausschußvorsitzende Luczynski nun los...

Er (Luczynski) sei über die Ursachen des großen Unglücks sehr... wohl im Bilde. Bisher hätte er geschwiegen und auch dem parsa... mentarischen Untersuchungsanspruch gegenüber Angaben gemacht, die... nicht richtig seien, aber er hätte niemandem belasten wollen. Die... Arbeiter seien jetzt noch auf Mont Genis beschäftigt. Er (Luczynski)... würde jetzt nicht mehr schweigen, sondern die volle Wahrheit sagen... weil die Betriebsverwaltung sich erdreistet hätte, Strafantrag gegen... die "Mont Genis" zu stellen.

Was dieser unten stichliche Ausschußvorsitzende sagte, ist so ungeheuer... lich, daß einem das Blut fast erstarret. Wir ahnten, daß dieser Mann... nicht hoch infolge seiner Tätigkeit die Zustände auf dem Werk kennen... muß, was aus den Dingen kannte und haben ihn auch schon, um... ihn herauszufinden, in der "Bergarb.-Blg." angegriffen. Er reagierte... mit einer Verächtlichkeit. Wie ernste Menschen bemühen sich... um Aufklärung der Ursachenursachen, nicht allein wegen der Schul... dfrage, sondern weil man daraus auch für die Zukunft lernen kann... Luczynski schämte sich und sah ruhig zu, wie die Schuld auf die... toten Kameraden geschoben wurde. In Anbetracht dieser... Tatsache unerschrocken eine Erklärung, die uns die größte Schärfe... gegen diesen Menschen trifft. Wir wollen jedoch für heute mit diesen... Zeilen aufhören, die hoffentlich dazu beitragen, daß Luczynskis Mund... nicht von neuem aufblüht.

Unserem Grundsatze treu bleibend, wollen wir weiter zur Aufklärung... der wahren Ursachen des Unglücks beitragen. Die Werksleitung beruht... sich bekanntlich darauf, daß die Explosion durch einen verbotswidri... gen Schießhauer Pauli eingeleitet wurde und sie deshalb... schuldlos sei. In haben bereits in Nr. 50 der "Bergarb.-Blg." einen... Fall angeführt, wonach durch Schuld der Werksleitung (weil sie die... Aufsichtsberechtigten mit Arbeit überlastete) der verbotswidrige Schuß von... ihr herbeigeführt wurde. Heute wollen wir in dieser Beweisführung fort... fahren.

In dem Ableitungsausschuß vom der verbotswidrige Dynamit... schuß abgelesen wurde, ging man mit dem Sprengstoff verbotswidrig... ein. Einzelheiten sollen nicht angeführt werden, es muß jedoch gesagt... werden, daß es an Aufsicht mangelte. Der Schießhauer Pauli... welcher den verbotswidrigen Schuß abgelesen hat und den Tod dabei... fand ist ein Slowene, geboren am 8. Sept. 1873 in Merges-Laibach... Schule hat er keine besucht. Pauli konnte kein Wort deutsch lesen... Schreiben konnte er nur seinen Namen und Zahlen... und dieses hat er erst nach seiner Verheiratung von seinen Familien... angehörigen gelernt. Sein Schießbuch haben ihm seine Familien... angehörigen zu Hause in Ordnung gebracht, weil er Wörter wie "No... twehr" oder "Dynamit" nicht schreiben konnte. Ein uns vorliegendes... altes Schießbuch von Pauli zeigt die von ihm entragenen Zahlen... in sehr primitiver Form und daneben Schriftzeichen, die von seinen... Angehörigen herühren. Die Beschäftigung Paulis als Schießhauer... ist nicht eine Begünstigung der Explosionsursache durch die Werks... leitung, sondern auch ein direkter Verstoß gegen die Berg... polizeiverordnung.

Wir wollen den § 216 der Bergpolizeiverordnung hier folgen lassen... welcher über die Befugnis zur Vornahme der Schießarbeit spricht. Er... lautet:

Die Schießarbeit darf nur durch besonders hierzu angestellte... zubereitete Personen - Schießmeister - ausgeübt werden, die dem... Revisionsbeamten namhaft zu machen sind.

Für Betriebsbetriebe und für einzelne sehr abgelegene Feldbetriebe... können auch die Ortsältesten (Schießhauer, D. Red.) zur Inspektion... der Schießarbeit bestellt werden, jedoch ist für jeden einzelnen Be... triebspunkt, wo dies geschehen soll, die schriftliche Genehmigung des... Revisionsbeamten erforderlich.

Die mit der Schießarbeit betrauten Personen (Abs. 1 und 2)... sind von dem Betriebsführer mit einer schriftlichen Dienst... anweisung zu versehen, die der schriftlichen Genehmigung... des Revisionsbeamten unterliegt. Ihre Namen und die ihnen... erteilten Dienstweisungen sind in das Rechenbuch einzutragen.

Die §§ 336 und 337 enthalten Bestimmungen über Beschäftigung... fremdsprachiger Arbeiter in Bergwerken und lauten:

§ 336. Als Ausseher, Maschinenführer, Pumpen- und Kessel... wärter, Schießmeister, Spitzmeister, Wettermänner, Orts... älteste, Schächelreparaturhauer, Anschläger, Abnehmer und Bremser... an Schächten und Bergwerken dürfen fremdsprachige Arbeiter nur... beschäftigt werden, wenn sie deutsch sprechen und in Schrift und... Druck lesen können.

§ 337. Ueber alle auf einem Bergwerke und in den dazu ge... hörigen Aufbereitungsanstalten und Bräufabriken beschäftigten... fremdsprachigen Arbeiter ist eine Liste zu führen, die für jeden... dieser Arbeiter jederzeit erkennen lassen muß, daß er den für seine... Beschäftigung vorgeesehenen Bedingungen (§ 335... oder 336) genügt.

Die juristische Seite vorliegenden Falles zu erörtern, ist nicht unsere... Sache, das mag jetzt die Bergbehörde mit sich und der Werksleitung... ausmachen. Wir fragen aber: Trägt der tote Pauli die Verantwortung... für den verbotswidrigen Schuß, oder diejenigen, welche... Pauli verbotswidrig zum Schießhauer gemacht haben?

Gelegetung und Verwaltung.

Bergwerbergerichte - provozierender Skandal.

Schon seit Jahrzehnten rufen die Bergarbeiter nach Besetzung... der Bergwerbergerichte, denn sie haben jedes Vertrauen dazu verloren... Ich behaupte, daß alle diejenigen, welche dieses Gericht in Anspruch... nehmen, nur zu einem geringen Teil zu ihrem Rechte kommen. Der... allergrößte Teil wird mit der Klage abgewiesen. Diejenigen Berg... arbeiter, die einmal am Bergwerbergericht gewesen sind, geben nicht... wieder hin, es sei denn, daß der Betrag, den sie einlagen, über 1000... Mark beträgt, damit sie dann das Landgericht in Anspruch nehmen... können. Gegen den Vorstehenden besteht ein Mißtrauen, denn zu den... Berggräten, die als Vorstehende fungieren, haben die Bergarbeiter noch... niemals Vertrauen gehabt. In 90 von 100 Fällen verlassen die... Kameraden, die vor dem Bergwerbergericht ihr Recht suchen wollen... enttäuscht den Gerichtsaal, in verbitterten Gefühlen die Worte aus... rufen: "Der Vorstehende ist der reinste Vertrauensmann der Zechen." Haben diese Kameraden, wenn sie mit solchen... Ausbrüchen den Gerichtsaal verlassen, Unrecht? Zur Beantwortung... dieser Frage will ich meine persönliche Erfahrung hier wiedergeben... Der Hauer W. hatte die Zeche Kaiser Friedrich verlag, weil diese... das Beträge am 4. oder 5. April 1921 gekürzt habe. Das ist ein Ver... stoß gegen die Arbeitsordnung. Der Schweißhauer ist folgender: Am... 31. März 1921 kam der Steiger L. zu dem Hauer W. und teilte ihm... mit, daß er nach einer anderen Arbeitsstelle verlegt würde. Das Ge... bührte hätte dort auf 10 Mark pro Wagon stehen. Am 4. oder 5... April kommt der Obersteiger K. zum Hauer W. und sagt das Gebühre... auf 9 Mark. Der Ortsälteste nahm das Gebühre nicht an und legte

Beschwerde beim Betriebsführer ein. Der Betriebsführer kam dann und befuhr die Arbeit. Es wurde ihm gesagt, daß das Gedinge auf 10 Mk. festgesetzt sei und jetzt nicht abgebrochen werden könnte. Nach der Arbeitsordnung müßte dies am 13. eines jeden Monats für den nächsten Monat mitgeteilt werden. Darauf sagte der Betriebsführer zu dem ihn begleitenden Beamten: „Das ist richtig, das steht in der Arbeitsordnung. Wir müssen befehlen.“ Dann fragte der Ortsälteste den Betriebsführer, ob das Gedinge für den nächsten Monat, also für Mai, reduziert werden sollte? Darauf der Betriebsführer: „Dann bekommt Ihr Befehl.“ Befehl ist nicht gekommen, aber es sind am 9. Mai 9 Mk. gezahlt worden. Der zu wenig gezahlte Lohn betrug den Hauer 63,50 Mk.

Nachdem vorher schon zwei Termine stattfanden, fand am 7. Dezember die dritte Sitzung der Erwerbskommission III. Vorabend statt. J. J. als Bezirksleiter unseres Verbandes, übernahm die Vertretung. Der Vertreter der Zeche, Obersteiger Summelsiep, protestierte gegen meine Vertretung, aber das Gericht erkannte die Vertretung an mit der Begründung, daß ich bisher noch keine Vertretung an der Erwerbskommission gehabt hätte und deshalb zugelassen würde. (Dieselbe willkürliche hochsprachende Auslegung, wie an einigen anderen Vergewerbetagten. D. Red.) Ich brauche ein zweites Mal wohl nicht wiederzukommen.

Als dann nach der Begründung der Klage zwei Zeugen in forenter und glaubwürdiger Weise gegen die Zeche ihre Aussagen machten, geriet der Vertreter der Zeche, Obersteiger Summelsiep, vollständig aus dem Häuschen indem er mit den Händen herumfuchtelte und sagte: „Das ist die Unwahrheit!“ und stellte die beiden Zeugen als verlogene Menschen hin. Der Vorsitzende, Herr Bergatzig, hielt es nicht für angebracht, den Zeugenvernehmer zurechtzuweisen und die Zeugen vor dem fernem Angriff zu schützen. Als ich dann aber als Klageverteiler diese Pflicht übernahm und Summelsiep sagte, daß es unerhört sei, Summelsiep, wie die Zeugen, die nur die Wahrheit sagen, in einer derartigen Weise zu beleidigen, er sei bereit, der die Unwahrheit gesagt hätte, griff der Vorsitzende ein und sagte: „Die Auseinandersetzung lasse ich nicht zu.“ Ein Steiger Dieke, der die Zeche als Zeugen mitgebracht hatte, stellte seine Aussagen auf Hörensagen. Als ich dem Herrn Vorsitzenden bat, eine Frage stellen zu dürfen, sagte Sieger Dieke: „Was fällt Ihnen ein? Sie können Sie gar nicht!“ Auch hier griff der Vorsitzende ein und sagte: „Der Herr Betriebsführer, der ebenfalls als Zeuge vernommen wurde, sagte das Gegenteil von dem aus, was er in der Grube zu dem Hauer gesagt hatte. Als ich dann beantragte, daß die drei noch unvernommenen Zeugen die noch vorhanden und geladen waren, gehört werden sollten und auch beladen könnten, daß dies nicht stimmte, was der Betriebsführer aussehe, sprach der Vorsitzende: „Darüber können wir nachher noch sprechen, wir wollen mal erst verhandeln.“ Damit trat ich in das Beratungskomitee ab. Sie kamen mit einem fertigen Urteil wieder, wonach dem Kläger die Hälfte von seiner Forderung zugesprochen wurde, sowie auch Tragung einer Hälfte der Kosten. Die Begründung ging dahin, daß der Kläger resp. die Kameradschaft selbst mit Schuld trage, sie hätte sich nochmals bestimmen und fragen müssen, ob das Gedinge nur für den Monat März gestanden oder für längere Zeit.

Da ich sage doch einer lang hin! Die drei geladenen und beantragten Zeugen werden nicht vernommen, trotzdem vorher gesagt wurde: „Wir sprechen nachher noch darüber.“ Es gab wohl keinen anderen Ausweg, als den Kläger, wenn auch nur zur Hälfte, um sein Recht zu bringen? Warum wurden die drei Zeugen nicht vernommen? Auch diese hätten ihre Aussagen ebenso bestimmt machen müssen wie die beiden ersten. Dann würde aber bewiesen, daß der Kläger im vollen Recht sei! Wir können Fälle nachsehen, wo ebenfalls die beantragten Zeugen nicht vernommen und die Kläger abgewiesen wurden.

Nun noch einiges über den vorstehenden Abbruch des Gedinges von 10 auf 9 Mk. Der Leser wird sicher der Meinung sein, die Kameradschaft hätte zutiefst verdient. Nein, im Gegenteil, sie hat zu wenig verdient, d. h. weit unter dem Durchschnittslohn. Im April, wo das Gedinge willkürlich gekürzt wurde, stand der Durchschnittslohn der Zeche auf 80,14 Mk. Obersteiger Summelsiep führte aus, daß die Kameradschaft beim Abbruch des Gedinges noch den Nebierdurchschnittslohn verdient hätte. Auch hier sagte der Mann in frecher Weise die Unwahrheit. Ich konnte ihm sofort mit Zahlen beweisen, daß er die Unwahrheit sagte. Der Nebierdurchschnittslohn betrug für April 89,56 Mk., also 88 Mk. weniger wie der Jägerdurchschnitt. Der Lohn für diese Kameradschaft betrug nach Abzug der einen Mark vom Gedinge 54,75 Mk., also 5,30 Mk. weniger wie der Nebierdurchschnittslohn und 4,81 Mk. weniger wie der Jägerdurchschnittslohn. Wenn nun das Gedinge nicht abgebrochen worden wäre, dann hätte sich der Lohn der Kameradschaft auf 57,29 Mk. gestellt, also noch 2,34 Mk. unter dem Durchschnittslohn. Hier entsteht die Frage, wie es möglich ist, daß man den Leuten das Gedinge willkürlich abbricht? Wir wissen, daß nicht allein auf jede Zeche Steiger Friedrich, sondern auch auf vielen anderen Zechen derart gehandelt wird, besonders wenn sich die Kameraden mal bei einem Beamten und zwar bei solchen, die von dem Gaud der Revolution nichts gespürt und dem „Weg nach oben“ zustreben, unliebsam gemacht haben. Dieses war hier der Fall. Der Hauer M. hatte den jetzigen Obersteiger Summelsiep, der von allen Bergarbeitern gehäßt wird, in der Grube schlafen gefunden. M. machte Summelsiep Vorhaltungen darüber. Seit dieser Zeit wird M. verfolgt. Das doch, als M. zu der fraglichen Arbeit verlegt und das Gedinge abgebrochen wurde, trotzdem die Kameradschaft unter dem Durchschnittslohn stand, ein Ortsältester sagte: „Der Abbruch des Gedinges geschieht, weil M. zu uns gekommen ist.“

Es ist die Frage aufzuwerfen, ob die Organisation die von ihr gewählten Beamten nicht zurückziehen soll. Wie schlimm es hier aussieht, hat selbst der Arbeitsminister Braun (kein Sozialdemokrat) eingesehen. Er hat einen Geheimentwurf herausgegeben, welcher dem Gewerbegerichtsgesetz, noch bevor das Arbeitsgerichtsgesetz kommt, einige schlimme Verstärkungen ausreißt. Ich verpöbele mich nicht viel davon. Die Forderung der Organisation muß heißen: Demut und den Bergarbeitern als Vorstehende, denn sie sind nur die Handlanger der Bechenverwaltung!

Anmerkung der Redaktion: Unser Kamerad Hansmann ist wegen seiner sachlichen und von Kenntnis getragenen Behandlung bergmännischer Dinge nicht nur in Verbandskreisen (wir tauschen unseren Hansmann nicht für alle Kapitalmännchen ein), sondern weit darüber hinaus allgemein geachtet. Wenn nun ein Bergarbeitergericht in Gegenwart Hansmanns sich freilich solche skandalösen Rechtsverletzungen erlaubt, wie man es erst solchen armen Kameraden ergehen, die keinen Rechtsbeistand haben? Tatsache ist, daß an den Vergewerbetagten oft Rechtsprechungen getätigt werden, die entweder einen solchen Dilettantismus oder unverkennbare Reaktion der bergbehördlichen Vorstehenden offenbaren, daß man es einfach nicht fassen kann. Wir werden uns in der nächsten Woche noch einmal über diese Vergewerbetagte äußern und dann hoffentlich zum letzten Male! Diejenigen Kameraden, welchen solche Schandurteile bekannt sind, ersuchen wir um Ueberwindung des Materialismus.

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Die Krise in der Hüttenindustrie

Ist eine Folge außerordentlicher Absatzrückgang. Diese wieder ist keineswegs beruht durch eine über den Bedarf an Eisen und Stahl hinausgehende Erzeugung, sondern die totale Verarmung der Massen und die beispiellose Ueberfüllung der Staaten erzwingt eine erhebliche Unterkonsumtion. Das ist auch ein „Ergen des Krieges“. Wie die Erzeugung von Roheisen durch die Kriegserfolge gelitten hat, kennzeichnen folgende Produktionsziffern (in Millionen Tonnen):

	1890	1913	1918	1920
Ver. St. v. Nordamerika	9,35	31,46	39,67	36,99
Großbritannien	8,03	10,65	9,21	8,13
Deutschland	4,10	16,76	10,70	5,55
Frankreich	1,96	5,20	2,41	3,43

Die Erzeugung ist also — abgesehen von dem weit vom Schuß befindlichen Amerika — schon während des Krieges stark gefallen, 1920 aber ganz bedeutend hinter der von 1913 zurückgeblieben. Bei Großbritannien ist 1920 sogar nur wenig mehr Rohisen als 1890 erzeugt worden! Im Jahre 1921 trat nur stellenweise und meist auch nur vorübergehende Besserung ein, hier abgesehen von Deutschland, dessen große Geldverschlechterung eine scheinbare Hochkonjunktur gellte. Inwieweit wird durch den enormen Produktionsrückgang in der Hüttenindustrie der Bergbau besonders in Mitteldeutschland, wegen der Erzverbreitung sank entsprechend und so auch der Kohlenverbrauch.

Kohlenpreise und Bergarbeiterlöhne in Polen.

Das Kohlenkarstell für Polen, das als Organisation der Grubenbesitzer für das an Oberschlesien grenzende Gebiet Dombrowa anzusprechen ist, setzte neuerdings mit Rücksicht auf die „bedeutend gestiegenen Bergarbeiterlöhne“ (natürlich!) folgende Preise pro Tonne Kohlen fest: Grob- und Mittelkohle I und II 13 000 polnische Mark, Fein- und II 12 300 Mk., unsortierte Kohle 11 100 Mk., die billigsten Sorten kosten 9900 bis herunter zu 6550 Mk. Da zur Zeit der Festsetzung die polnische Mark einen Wert von 5 deutschen Pfennigen hatte, kostete z. B. eine Tonne Mittelkohle ungefähr 632 deutsche Mark. Es ist ein höchst anständiger Preis, trotzdem verstehen auch die polnischen Grubenbesitzer Stein und Bein über „hohe Bergarbeiterlöhne“ zu klagen. Dabei betragen die Hauerlöhne im Durchschnitt nicht mehr wie 2000 polnische Mark pro Schicht oder ungefähr 100 Mk. nach deutschem Gelde. Die polnischen Grubenmagnaten, die ja meist einen französischen Namen haben, verstehen danach ihre Lohnsklaven gründlich auszubeuten. Dabei ist die Leistung in Polen viel größer wie bei uns. Ob die „erlösten“ obererschlesischen Bergarbeiter jetzt besser abgelassen werden?

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Mitgliederzahlen der Zentralverbände im 3. Viertel 1921.
Wie das Korrespondenzblatt des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes mitteilt, war die Zahl der Mitglieder in den deutschen Zentralverbänden am Schluß des 3. Quartals 1921 vorläufig folgende: männlich 6 238 966, weiblich 1 682 966, zusammen 7 921 732. Im Vergleich zum 2. und 1. Viertel war ein Mitgliederzuwachs zu verzeichnen: 2. Viertel: männlich 6 193 973, weiblich 1 631 432, zusammen 7 827 905, 1. Viertel: männlich 6 161 510, weiblich 1 660 169, zusammen 7 821 679. Im 3. Viertel 1920 betrug die Zahl der Mitglieder: männlich 6 254 415, weiblich 1 673 192, zusammen 7 927 607. Während im Jahre 1920 die Entwicklung ungleichmäßig verlief und starke Schwankungen aufwies, nimmt die Zahl der Mitglieder 1921 bisher stetig zu.

Internationale Rundschau.

Britische Gewerkschafter über Oberschlesien.

Eine unter Führung des greisen Lord Parmoor stehende britische Gesellschaft ehelicher Freunde des Völkerfriedens veröffentlicht folgende Rundschau:

„Wir, die Unterzeichneten, erheben feierlich Einspruch gegen die Anordnung einer Teilung Oberschlesiens, die der Völkerbund stat. gestillt hat. Wir sehen, besonders in der wirtschaftlichen Teilung wie sie jetzt entworfen wurde, eine Abkehr von der Gerechtigkeit, eine Missachtung der Geschichte und einen Hohn auf den Spruch, der durch die kürzliche Volksabstimmung gefällt wurde. Wir sehen voraus, daß eine solche Teilung es mehr denn je Deutschland, das noch mehr und so schrecklich verüppelt wurde, unmöglich macht, den Reparationsforderungen nachzukommen. Und wir glauben, daß ein solcher Spruch die Ursache Europas, die Gefahr eines zukünftigen Krieges und die Zerrüttung und Verarmung der Gesellschaft nicht nur auf dem Kontinent, sondern auch in unserem Land von neuem steigern wird.“

In der langen Liste der Unterzeichneten finden wir auch die Namen zahlreicher britischer Gewerkschaftsführer. Am meisten interessieren natürlich unsere Leser die nachstehenden Unterzeichner: Frank S. D. G. G., Generalsekretär des britischen Bergarbeiterverbandes, Robert Smillie, William Straker, Sekretär der Nordbayerischen Bergarbeiter (Schwarzwald); ferner haben unterzeichnet u. a. der Generalsekretär der Maschinenbauer J. Bromley, der Generalsekretär des Verbandes der Maschinenbauer Alfred Goffin, der Sekretär des Verbandes der Schiffbauern und Eisenbahner John Hill. Von großer Bedeutung ist auch, daß Sir George Paish, der erste britische Finanzminister, der die Britische Finanzkommission 1920 zu den Unterzeichnern gehört. Denn die Stimmen der Berechtigten durchdringen, nur dann ist die Menschheit vor dem Untergang in Unruhe und Barbarei gerettet.

Aus dem Kreise der Kameraden.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Die Entwertung unserer Papiermark hat den Ausverkauf Deutschlands und eine Weltmarktlage mit verärgerten Strohmannen herbeigeführt. Sofort wurde auch die Ueberprüfung in Frage auf. Von den Vertretern der Bergarbeiterverbände wurde erklärt, daß nur unter folgenden Bedingungen an die Erörterung der Ueberprüfungfrage überhaupt heranzutreten werden können:

1. Reichsmantelvertrag für den Steinkohlenbergbau.
2. Zahlung des Soziallohnes und der Urlaubsvergütung nur an Mitglieder der Vertragsverbände.
3. Festlegung der Organisationszugehörigkeit durch die Vertrauensleute der Gewerkschaften.
4. Die von den Gewerkschaften anerkannten Streiktage dürfen nicht als Unterbrechung des Arbeitsverhältnisses und nicht als willkürliche Feiertage gelten.
5. Erweiterung der Richtlinien für die Betriebsräte durch Einsichtnahme in die Steiger- und Förderjournale und nach noch mitzuteilenden Forderungen.
6. Baldige paritätische Ausgestaltung des Arbeitsnachweises für den Steinkohlenbergbau.
7. Sicherung der Aufwandskosten für den Reich.
8. Ein abzuschließendes Ueberprüfungsabkommen darf die normale Lohnentwicklung nicht hemmen.
9. Ausreichende Lebensmittelversorgung, eventuell Bereitstellung von Kohlen oder Beifügen zur Beschaffung von Lebensmitteln.
10. Abschaffung der Verurteilung der bereits zugefügten Gefangenschaft der Schichtzeit und Erhöhung des Grundlohnes in der Krankenversicherung auf 80 Mk. Fortzahlung des Soziallohnes in Krankheitszeiten an die Mitglieder der Vertragsparteien.
11. Abschluß von Tarifverträgen für die Angehörigen nur durch die der Arbeitsgemeinschaft angehörigsten Verbände.

Wird die Forderung der Bergarbeiterverbände die Erörterung der Ueberprüfungfrage von diesen Bedingungen abhängig machen, werden sie von links und rechts geschmäht. Die Kommunistenorgane „Freiheit“ (Nr. 285) und „Ruh- und Wohlfahrt“ (Nr. 282) bringen einen gleichlautenden Artikel, worin es heißt, daß es den Vätern der vorstehenden Bedingungen vom Bergarbeiterverband nicht darauf ankomme, wirkliche Vorteile für die Bergarbeiter zu sichern, sondern darauf, mit Hilfe des Grubenkapitals die Arbeiterunion abzuwürgen. Wörtlich heißt es dann weiter:

„Der hier aufgedeckte Betrug gegen die Bergarbeiter ist so ungewöhnlich, daß er kaum feinesgleichen finden dürfte. Die Bergarbeiter fordern sechsundsiebzig, ihre Führer verschöndern sich mit den Unternehmern gegen die Bergarbeiter, um ihnen eine längere Arbeitszeit aufzuzwingen. Das tun sie heimlich. Öffentlich predigen sie Kampf gegen die Ueberprüfung.“

Auf einen ähnlichen Ton ist die kommunistische „Rote Fahne“ eingeleitet. Die „Rheinische Post“ (Nr. 1070) behauptet dagegen, die Bedingungen seien ein Verweis dafür, daß die Gewerkschaftsführer die durch den Kohlenmangel verursachte Notlage zur Erlangung reiner Machtvorteile für die Gewerkschaften auszunutzen suchten. Als Ganzes betrachtet könnten diese Bedingungen keine Grundlage für die Verhandlungen abgeben. Die „Deutsche Bergm.-Ztg.“ (Nr. 283) geht noch schärfer ins Gericht. In einem Artikel: „Politische Ausnutzung der Kohlennot“ schreibt sie u. a.:

„Nach den dabei aufgestellten Bedingungen muß es leider scheitern, als ob die Bestrafung den Jock verfolge hat. Das Odium eines Nichtaufstandes von Ueberprüfungen von den Bergarbeitern abzuwälzen, um die Schuld den Bergwerksbesitzern in die Schuhe schieben zu können. Wenn ein Bild auf die von uns in Nr. 291 veröffentlichten Bedingungen genügt, um ihre Erfüllung unmöglich erscheinen zu lassen. Festzustellen ist zunächst, daß die Forderungen mit der Ueberprüfungfrage an sich überhaupt nicht in engerem Zusammenhang stehen. Das Schwerkriegs liegt offensichtlich in einer ver-

suchten einseitigen machtpolitischen Ausnutzung der Kohlennot. Denn wie anders soll man es ausdeuten, wenn die Ausübung eines geradezu ungläubigen Organisationszwanges auf sogenannte nichtorganisierte Arbeiter dadurch erzwungen wird, daß die Unternehmer verpflichtet sein sollen, diesen den Soziallohn, die Urlaubsvergütung und sonstige tarifliche Vorteile zu bewilligen? In den Unorganisierten in diesem Sinne gehören auch die zusammengeschlossenen Kommunisten und Syndikalistinnen sowie die „gelben“ Gewerkschaften. Es scheint, daß die Angst vor einem Fortschreiten der wirtschaftsfeindlichen Bewegung den Sozialdemokraten den Mut für die Gefahr getrübt hat, die ihnen aus einem Einbringen der ultraradikalen Elemente in ihre Organisationen erwachsen muß.“

Wir können es unseren Lesern überlassen, an Hand der Bedingungen diese Schmähsagen von links und rechts zu prüfen und sich danach selbst ein Urteil zu bilden. Mit solchen Schmähsagen kann der Sache nicht gedient werden, sie zeugen lediglich von einem tiefen Kulturstande.

Spaniels Fallrechnunggen.

Im „Syndikalist“ wird recht viel über Ehit geschrieben. Johann Spaniol aber wird davon nicht berichtet, denn er macht nun schon zum zweiten Male Fallrechnungen auf. Die erste Fallrechnung haben wir in Nr. 48 der „Bergm.-Ztg.“ gesehener. Er hatte in Nr. 40 des „Syndikalist“ eine jährliche Lohnaufgabe für die Bergarbeiter von 1 483 200 000 Mk. für die Werksbesitzer, dagegen eine Profiterhöhung von 650 772 300 Mk. errechnet, dabei aber statt der Lohnaufgabe die Förderleistung eingezogen. Ferner hatte er die Lohnaufgabe mit 10 nur mit 9 Mk. eingezogen. Doch über die Lohnaufgabe hinaus erhöhte Gehalts- und Materialkosten entziehen, hatte er ebenfalls übersehen. In Nr. 48 des „Syndikalist“ errechnet er nach der August-Förderung eine Jahreserlösmenge von 8 113 000 x 122 Mk. = 1 123 495 200 Mk. Lohnaufgabe bei jährlich 330 Schichten 4 260 140 000 Mk., mithin Diebstahl der Werksbesitzer 6 874 555 200 Mk. So rechnet Spaniol und kommt zu dem Resultat:

„Die Kameraden im Bergbau sind wieder die Betrogenen; ihre Lebenshaltung ist wieder durch eine Lohnaufgabe verflüchteter worden und wird auch noch infolge der durch die Kohlenpreiserhöhung verteuerten Lebens- und Bedarfsartikel weiter verflüchteter werden. Die Werksbesitzer haben eine wahre Wohlthat in der Wälderhöhe erhalten — mit Hilfe der Zentralgewerkschaft des Bergbaues.“

Auf Grund von falschen Berechnungen kommt Spaniol zu falschen Schlüssen. Das ist seine Ehit, die allerdings von der im „Syndikalist“ gedruckten Ehit abweicht. Spaniol berechnet die jährliche Lohnaufgabe nach 300 Schichten, die Jahresförderung dagegen nach der Gesamtförderung im August, der 27 Arbeitstage hatte. Die arbeits-tägliche Förderung betrug im August 25 517 x 200 = 5 103 400 To. jährlich. Davon gehen ab 12 Prozent Selbstverbrauch = 10 757 412 Tonnen, so daß die Jahresförderungsmenge 7 577 988 To. beträgt und nicht 8 113 000 To., wie Spaniol errechnet. Mithin beträgt die Preissteigerung 7 577 988 x 132 = 10 113 174 816 Mk. Zahlungsmenge beträgt die Lohnaufgabe einschließlich Haupt- und Nebenkosten 31 Mk. pro Schicht = 300 x 31 Mk. = 9 300 Mk. jährlich pro Arbeiter. Bei 552 000 Arbeitern macht das 5 133 600 000 Mk. 10 Prozent dieser Summe sind für Gehaltsaufgaben und 60 Prozent für Materialpreiserhöhungen eingezogen, das macht 3 280 200 000 Mk. Da die Lohnaufgaben ab 1. November, die Kohlenpreiserhöhungen aber erst ab 1. Dezember eintraten, entstand ein Verlust, der auf die nächsten sechs Monate verteilt wurde, das macht 587 761 554 Mk. Hinzu kommen noch 3 Prozent Handelszuschlag im Betrag von 151 000 000 Mk. Es ergeben sich mithin 5 133 600 000 + 3 280 200 000 + 151 000 000 = 8 564 800 000 = 9 745 802 585 Mk.

Diese Berechnung erhält keinen Anspruch auf Richtigkeit und Vollständigkeit, aber sie liegt doch weitestens anders aus, wie die Spaniels. Es ist eigentlich grotesk, solche Berechnungen aufzustellen, denn die Betriebsergebnisse der Zechen lassen sich nur richtig beurteilen im Zusammenhang mit den Ueberprüfungen und den Ueberprüfungen. Wir haben es auch nur getan, um zu zeigen, wie gedankenlos und oberflächlich Spaniol seine Fallrechnung aufbaut. Die Werksbesitzer sind natürlich auf ihren Vorteil bedacht. Wir haben uns bemüht, die falschen Fallrechnungen zu klären, aber nicht zu bestrafen. Wir haben aber keine Hoffnung, daß Johann Spaniol das einseht. Was man nicht hat, kann man nicht geben.

Dachwerk für Benzingerkämpen.

Ein Patent erlernt Dachwerk für den Benzin- und Kohlenlampen bringt derzeit erhebliche Verbesserungen, daß es für die Bergarbeiter von Interesse ist, einmal kurz darauf einzugehen.

Der Dachwerkstuhl ist sehr einfach, er besteht in einer kleinen Klappe, die an einem Schalter hängt und an der Lampe neben dem Zündfaden befestigt ist. Nachdem die Lampe mit Benzin gefüllt ist, wird der Dachwerkstuhl durch einen kleinen Hebel auf den Boden gesetzt, so daß das Ausströmen des Benzins verhindert wird. Soll die Lampe angezündet werden, so hebt man den Dachwerkstuhl des Zündfades dieser den Dachwerkstuhl aus seiner Verankerung und eine kleine am Dachwerk angebrachte Feder zieht den Dachwerk nach unten und macht so den Licht frei. Die Zündung kann erfolgen.

Der Dachwerkstuhl verhindert das Verlöschen, unnötige Verbrennen des Benzens, unnötige Abkühlen des Zündfades und sonstige Unannehmlichkeiten. Ohne Dachwerkstuhl verunreinigt sich der Zündfaden ein Teil Benzin. Im Lampenplunder und im Lampenkerze sammeln sich Benzinreste an. Beim Anzünden der Lampe verdrängen diese die angezündeten Gas-erlösnisse, dabei schlagen die Benzinreste auf den Zündfaden, machen das Gas kühler, so daß die Zündkraft der Lampe sehr vermindert wird. Auch der Zündfaden wird verunreinigt und kommt es nicht selten vor, daß nach drei bis viermaligem Anzünden eine solche Lampe nicht mehr brennt, sondern erst wieder geöffnet und gesputzt werden muß. An den Lampenplunder der Zechen kann man dies täglich beobachten. Zudem ist eine Anzahl von Leuten da, deren Lampen infolge Benzinanreicherung im Glas und Drahtkorb beim Anzünden nicht brennen wollen und dann ihre Lampe von neuem in Ordnung bringen lassen müssen.

Diesem Uebelstand ist durch den Dachwerkstuhl abgeholfen. Es ist doch genau so wie bei einem Benzinmotor, bei diesem würde es keinem Menschen einfallen, es unverschlöschen in der Tasche zu tragen. Aus wirtschaftlichen Gründen wäre es deshalb angebracht, daß die Erfindung auch ausgenutzt wird.

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Soziales Recht im besetzten Lahnggebiet.

Es gibt Unternehmer, die nicht begreifen können oder nicht begreifen wollen, daß seit der Revolution eine gewaltige politische und wirtschaftliche Umwälzung stattgefunden hat. In dieser Umwälzung — einige wenige haben ausgenommen — gehören die Unternehmer oder deren Vertreter an der Lahn. Man versteht es hier, jede Verhandlung monatlang hinauszuziehen. Schiedsgerichte, sogar solche des Reichsarbeitsministeriums, werden ignoriert. Verhandlungen wird eine Auslegung gegeben, über die man manchmal vierstündige Schlägerei möchte. Es ist hier noch ein harter Kampf mit den von der Revolution begünstigten Bedrohen zu führen, bis sie die wirtschaftliche und soziale Lage begreifen. Die Taktik der Unternehmer ist auf den geduldbigsten nachsichtigen Volkscharakter eingeleitet. Wir warnen die Unternehmer, diesen geduldbigen Volkscharakter zu mißbrauchen. Die wiederholten Vorgänge auf den Wei- und Zinkgruben im besetzten Gebiet sollen den hiesigen Bergwerksdirektoren eine Warnung sein, desgleichen den Beschäftigten. Wir sind hier so weit, daß die Arbeiter das Vertrauen zu deutschen Behörden vollständig verlieren. Den Schlichtungsinstanzen können wir mit gutem Gewissen das Zeugnis ausstellen, daß sie auf dem besten Wege sind, jedes Vertrauen der Arbeiterschaft zu untergraben. Laut Verordnung der Besatzungsbehörden darf die Arbeiterschaft im besetzten Gebiet nicht zum äußersten gewerkschaftlichen Kampfmittel greifen, bevor nicht eine von der Internationalen Kommission eingesetzte Schiedsstelle in der Streitfrage vermittelt hat. Die S. R. darf aber nur angerufen werden, wenn alle deutschen Schiedsstellen erschöpft sind. Auf diesen für die Arbeiter im besetzten Gebiet bestehenden Ausnahmestufen bauend, verfolgen die Unternehmer die Taktik, eine Streitfrage vor den Schlichtungsinstanzen überhaupt nicht zu Ende zu bringen. Mit anderen Worten: eine Verschleppungsaktion ohne Ende!

Ein weiterer Umstand, der für die zurückbleibenden Arbeiter sehr im Gewicht fällt, ist der, daß hier die Gewerkschaftliche Arbeit fehlt. Will nun der Arbeiter im Einzelstreik das Recht haben, dann muß er das ordentliche Gericht anrufen. Da kommt er aber nicht an. Wir können nachweisen, daß in einfachen Streitfragen ein halbes Dutzend

Kameraden!

Laut § 9 unseres Statuts tritt ab 1. Januar 1922 im Anschluß an die letzte Lohnerhöhung im gesamten Bergbaubereich eine weitere Beitragserhöhung ein. Die neuen Marken gelangen in der ersten Dezemberhälfte an alle Zahlstellen zum Versand. Die bisher gebräuchlichen Marken werden mit der Dezemberabrechnung eingezogen und müssen daher restierende Beiträge bis Jahreschluß mit den jetzigen Marken nachgeliebt werden. Die erhöhten Ausgaben für Streiks und sonstige Unterfütungen, die weitere Geldentwertung und Aufrechterhaltung des Kampfcharakters unseres Verbandes bedingen, daß die Beitragserhöhung in allen Revieren restlos durchgeführt wird. Um nicht schon mehrmals Gelegtes wiederholen zu müssen, verweisen wir auf die schon öfter in der „B.Z.“ gebrachten Begründungsartikel zur Beitragserhöhung. Wir erwarten von allen Kameraden, daß sie geschlossen für die Beitragserhöhung und damit für den weiteren Ausbau unseres Verbandes eintreten. Wer seine Organisation im Stich läßt, übt Verrat an seinen Kampfgenossen und gibt damit sich selbst und seine Existenzberechtigung auf. Darum sorgt alle für den Eintritt aller in unseren Verband! Weil jedoch alle Bezirke auf einmal nicht mit den neuen Marken beliefert werden können, legt die Beitragserhöhung in den Außenbezirken Hildesheim, Salzgungen usw. schon ab 1. 12. 1921 ein.

Termine stattgefunden haben, ohne daß das Amtsgericht, wie z. B. dasjenige in Diez a. d. Lahn, zu einer Entscheidung kommen kann. Seit einem Jahre sind hier die Gewerkschaften um Errichtung von Gewerbegerichten bemüht, aber der Amtsschimmel kann nicht vorwärts kommen. Im Sommer läuft er sich wohl heiß und im Winter friert er ein. Bei der Urteilspraxis am Amtsgericht in Diez kommt bei den Arbeitern die Rechtsprechung in Mitleidenschaft. Die Gewerbegerichte, die hier so dringend notwendig sind, werden nicht eingeführt. Die Unternehmer spielen auf die Entlassung des Reichs- und Landesministers und die hiesigen Schlichtungsausschüsse mißbrauchen sie für ihre Verschleppungsmanöver.

So macht man hier Politik. Die Folge davon ist, daß die Arbeiter sehr Vertrauen zu den deutschen Behörden haben. Die Arbeiterzeitung im besetzten Gebiet will keine Erlaubnis erhalten, verlangt aber, daß die Behörden auch gegenüber dem Unternehmertum ihre Pflicht tun und den berechtigten Wünschen Rechnung tragen. U. R.

Die Christen schreiben sich tot.

Nachdem sich die Christen durch ihre „Müge“ Taktik immer mehr aus dem rheinischen Braunkohlenrevier verdrängen, versuchen sie ihr Heil nunmehr im Artikelschreiben. So brachte der „Bergknappen“ in Nr. 4 und Nr. 9 wahrheitswidrige Mitteilungen von der Grube Mariaglad bei Brühl, in welchen die freigewerkschaftlichen Betriebsratsmitglieder in unchristlicher Weise und unter Nichtbeachtung des § 8. Obolds heruntergerissen werden.

In Nr. 4 handelt es sich um die Entlassung einiger christlich organisierter Belegschaftsmitglieder, die auf dem Werk etwas unkollegial aneinandergeraten sind, wobei das Werk eine Rolle spielte. Wir wollen auf die Verdrängungen, welche im „Bergknappen“ enthalten sind, nicht weiter eingehen, fagen dem „Bergknappen“ nur: „Sänst du geschwiegen, dann wäst du ein Weiser geblieben!“ Das ganze ist eine Klatschgeschichte, und dem „Bergknappen“ mag sie gut gehen sein, um „sein Material“ heraus zu jagen. Unserem Betriebsrat tut er damit keinen Abbruch.

Etwas demagogischer, man möchte sagen: gaunerischer, ist die Notiz in Nr. 9 des „Bergknappen“. Darin wird unserem Betriebsratsvorsitzenden Billig zum Vorwurf gemacht, daß er eine vierstündige Sitzung mit dem Bergbetriebsrat stiftende Sitzung ignorierte mit der Ausrede, daß die Zeit für diese Sitzungen nicht bezahlt werde. Diese Art Kritik der Verdrängung müssen wir nicht dulden. Nach vor den letzten Betriebsratswahlen wurde einmal auf dem Betriebsrat 10 Uhr eine Betriebsratsung einberufen. Die Verlesung leitete diese ab, weil die Zeit verloren ginge. Da die Belegschaft die Arbeit niederlegen wollte, falls die in der Sitzung zu erledigende Sache nicht um 10 Uhr erledigt sei, gab die Verwaltung nach. Bei der nächstfolgenden Lohnzahlung wurde den Betriebsratsmitgliedern jedoch eine Stunde für die Sitzung abgezogen. Auf Beschwerde entschied das Berg- und Oberbergamt zu Gunsten der Grubenverwaltung! Einige Wochen später — es war im März d. J. — erhielt die Verwaltung den Befehl, daß das Bergamt eine Sitzung nachmittags um 3 Uhr einberufen. Unter Regie des Betriebsratsvorsitzenden, des Zentrums-Gewerkschaftsleiters Reidenbach, bejohf der Betriebsrat, daß auf dieser Sitzung nur diejenigen Mitglieder teilnehmen, welche Nachmittags-Sitzung haben. Dieses Bild muß nun zur Beurteilung des Nachfolgenden festgehalten werden:

Bei der Neuwahl im April hatte die Belegschaft keine Lust für eine Wiederwahl der Zentrumschristen. Am 24. Juni rief der freigewerkschaftliche Betriebsratsmann Billig eine Sitzung für den 24. Juni, auf vormittags 10 Uhr ein. Die Verlesung leitete gleichfalls diese Sitzung ab und teilte mit, daß am 1. Juli, nachmittags 3 Uhr eine Aussprache mit Vertretern des Bergamts sein soll. Der Betriebsrat sah die Sache nicht, daß er nicht geneigt ist, eine von anderer Seite gewünschte Sitzung zu besuchen, nachdem die von ihm einberufene von der Verlesung sabotiert wird. Wenn das Bergamt etwas von ihm (dem Betriebsrat) wollte, so lenne es doch seine Adresse. (Der Betriebsrat hat Recht, er ist doch kein Nachwächler. T. Feb.) Als dann gelegentlich der Unfalluntersuchung die Rede auf die vom Betriebsrat abgelehnte Sitzung kam, gab Billig die Gründe dafür an und jagte dem Vorsitz der ferner, daß der Betriebsrat kein Zutrauen zur Bergbehörde haben könne wegen des ungerechten Urteils gegen den Betriebsrat.

Das ist der Sachverhalt und nun beachte der unbefangene Leser den großen Wauwau der Christen im „Bergknappen“. Für uns ist die Sache damit erledigt. Mögen die Christen nur weiter schreiben, sie schreiben sich selbst zu Tode. Bei der vor kurzem stattgefundenen Betriebsratswahl auf der Grube Wöhberg (Frieden) erhielten von 931 abgegebenen Stimmen die freien Gewerkschaften 843, die Christen nur 188. Bravo Kameraden, laßt die Christen nur schreiben, arbeitet ihr!

Oberbergamtsbezirk Breslau. Gewerkschaftsrecht in Oberschlesien.

Die deutsch-polnischen Wirtschaftsverhandlungen haben ihren Anfang genommen. Damit aus der nachpolitischen Entschreibung der Parteien über die zerrissene Oberschlesien keine wirtschaftliche Katastrophe entsteht, befaßt die Eintritte, daß zwischen Deutschland und Polen in Wirtschaftsabkommen zu vereinbaren sei, wonach es wenigstens für die nächsten 15 Jahre ermöglicht würde, Rohstoffe, Halbfabrikate und Industrieprodukte vom deutschbesetzten Teil nach dem polnischbesetzten Teil und umgekehrt hinüber und herüber zu verschicken, denn es werden Geschäften, deren Betriebe einander angewiesen sind, geteilt. Am härtesten würden die Arbeiter getroffen, wenn es keine Möglichkeit gäbe, die sozialen Verbesserungen und das Vereinerigungsrecht zu retten für jene, die hiesige, ungewollt polnische Staatsbürger werden. Polen ist in sozialer Hinsicht ein rückständiger Staat. Trotz aller etwa zu erwartenden Vereinbarungen wird der beste Garant für die Aufrechterhaltung und den weiteren Ausbau der Sozialgesetzgebung, das Verschließen einer geschlossenen, wachstumsfähigen Arbeiterbewegung sein. Hierzu ist erforderlich, daß in dieser Reihe das Fortbestehen der vorhandenen freigewerkschaftlichen Berufsverbände gesichert wird. In den Ententeberichtsungen für die Vereinbarungen eines Wirtschaftsabkommens ist bezüglich der vorhandenen Organisations folgendes bestimmt:

Die deutsche und die polnische Regierung werden für die Dauer von 15 Jahren die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände, die im Abkommensgebiet tätig sind, anerkennen. Diese Verbände werden in der Lage sein, Kollektivverträge für das gesamte Abkommensgebiet abzuschließen.

Diese Anerkennung will nun nicht viel besagen angesichts der Tatsache, daß im polnischen Vereinsgesetz bestimmt ist, daß die im polnischen Staat wohnenden polnischen Staatsangehörigen keiner Vereinigung angehören dürfen, deren Zentralfitz außerhalb dieses Landes ist. Sogar kommt nun noch das neue Kommunistenverfolgungsgesetz, das für alle im Seim verbotener wurde. Nicht kann die polnische Polizei und Justiz, die hiesig in dem polnisch besetzten Teile Oberschlesiens dominiert wird, einen Grund finden, um die vorhandenen deutschen Gewerkschaften des Kommunismus zu verdächtigen, um sie zur Auflösung zu bringen.

Die ober-schlesischen Unternehmer gehen wohl um die Einheit ihres Arbeitgeberverbandes nicht viel. Prominente Herren, deren Werke hiesig geschlossen in Polen liegen, sind der Auffassung, daß sich die Interessen dererigen Unternehmungen, die in Deutschland bleiben, und dieser, die nach Polen kommen, recht bald wiederfinden werden, so daß man

sich wohl bald trennen würde. Jene, die diese Auffassung haben, sind natürlich konfessionell, wie ja auch der Führer der Unternehmerdelegation, die mit polnischen Vertretern in Sosnowice Sonderverhandlungen führte, hinter dem Rücken der deutschen Regierung, Herrn Pistorius, Oberdirektor des Fürsten von Pleß, deutschpolnischer Stadtporombörner in Katowitz ist! Es hat immer so seine Eigenheiten mit dem nationalen Empfinden dieser Herren.

Diese Herren wünschen natürlich auch die Einheit der Gewerkschaftsbewegung dort, wo der Pfeffer wächst. Sie geben nach unserer Ueberzeugung nichts darum, wenn in dem polnisch besetzten Teile Oberschlesiens die freien Gewerkschaften verkümmerten. Die deutsch-nationalen Unternehmer, die hiesig polnische Staatsbürger sein werden, wollen Frühlingstrost, Freiheit nach ihrem Geschmack. Um so schärfer haben die deutschen Unternehmer gerade bei diesem Abtritt der Verhandlungen aufpassen, damit Sicherungen für das Weiterbestehen der Gewerkschaften geschaffen werden.

Zukunftsaussichten der ober-schlesischen Arbeiter.

In der Republik Polen, die nach allseitigen Verheißungen ein wahrhaft demokratischer Volksstaat werden sollte, haben die schwarzesten Reaktionen die politische Gewalt an sich gerissen. Chauxmitten, Junker, Kapitalstrabanten und politische Soldaten sind obenau. Die Justiz steht ihnen willig zu Diensten. Schon beginnt sich der in Deutschland bekannte Begriff der Klassenjustiz immer deutlicher zu kristallisieren. Die frei und sozialistisch organisierte Arbeiterkraft Polens ist das Wild, das während angeheult wird von der kapitalistischen Meute aller Sozialisten, ganz zu schweigen von den Kommunisten, deren Organisationen als illegal betrachtet werden und somit den schlimmsten Verfolgungen ausgesetzt sind. In den vielen rigorosen Urteilen der neuen polnischen Justiz ist jetzt wieder ein besonders krasser Fall eingezelommen. Wegen angeblicher Ungezelligkeit des Landarbeitersstreiks wurden die Funktionäre des Landarbeiterverbandes, Adaminski und Gehbl, ersterer zu drei, letzterer zu einem Jahre Gefängnis verurteilt. Das Urteil erfolgte auf Grund des § 367 des alten zaristischen Strafgesetzes, das gegen freiarbeiterliche Arbeiter gerade gut genug ist, weil es noch ungeheuerliche Strafen zuläßt. Das geschah trotz der angeblich sehr demokratischen Verfassung vom 17. März 1921! Das Urteil ist so aufreißender, als Adaminski vor zehn Jahren für seine Verbrechen zugunsten eines unabhängigen Polens von einem zaristischen Senatsgericht erst zum Tode, dann zu 15 Jahren Zwangsarbeit in sibirischen Bergwerken verurteilt worden war. Schuld am Ausbruch des Streiks waren die Landwirte selbst, die den Tarif nicht einhielten, die protestierenden Arbeiter aus der Arbeit warfen und sie aus den Gütswohnungen heraus mitten im strengen Winter einfach auf die Straße setzten. Dieser Arbeiter nahmen sich die Verurteilten an, worfür sie jetzt so hart büßen sollen. Dazu schreibt die in Katowitz erscheinende sozialistische „Gazeta Robotnicza“ („Arbeiter-Ztg.“) unter anderem:

„Mit Entzeden erfahren wir hier in Oberschlesien von diesem schändlichen Urteil. Sollte Polen, für das wir lange Jahre gekämpft und gelitten haben, die zu übernehmenden ober-schlesischen Arbeiter solcherart bewillkommen? Sollten die Tausende blutiger Opfer, die vorwiegend der Arbeiterklasse angehören und auf dem Altar der Unabhängigkeit fielen, nur der Grund einer noch größeren Unterdrückung im eigenen Vaterlande sein? Weiß Polen nicht, welchen Einbruch dieses Urteil bei den ober-schlesischen Arbeitermassen hervorruft? Die polnische Regierung möge nicht vergessen, daß sie im Begriffe steht, Hunderttausende von ober-schlesischen Arbeitern zu übernehmen, die getötet sind, daß ihr vornehmstes Recht, das Streikrecht, nicht unerbunden werden darf.“

In einer anderen Nummer schreibt dasselbe Blatt den polnischen Reichshöheren folgende Wahrheiten ins Stammbuch:

„Die Zeiten sind gekommen, wo Polen sein wahres Gesicht entbehlt. Und dieses Gesicht ist schwarz und droht nicht mehr mit nationaler, sondern mit sozialer Unterdrückung. In Polen werden mit Gefängnis Arbeiter bestraft, die zu freieren sich erlaubten, weil sie die unerbittliche Unterdrückung nicht länger ertragen können. In Polen gelten die zaristischen Paragrafen, die stiller sind wie die preussischen. In Polen besteht keine Koalitionsfreiheit, kein Streikrecht, Verwaltung und Justiz wollen die Arbeiterklasse ihres unerschütterlichen Rechtes berauben, ohne das sie hilflos der Ausbeutung ausgeliefert wird. Warum sollen wir uns fügen? Warum sollen wir nicht die ganze nackte Wahrheit — die schreckliche, aber wirkliche Wahrheit — aufdecken? Der polnische Reichstag wirkt in die Arena ein. Und nachher noch nach dem andern. Man sagt, gegen die Kommunisten. Gericht werden aber die Sozialisten. Die polnische Reaktion fürchtet nicht mehr die Proteste des ober-schlesischen Proletariats. Sie will möglichst viel am armen ober-schlesischen Arbeiter verdienen. Hier in Oberschlesien hat sie noch schöne Worte für die Arbeiterklasse, aber dort im Lande wirkt sie freitende Arbeiter in den Kerker. Will die polnische Regierung gegenüber den Arbeitern dieselben Methoden wie in Polen auch hier in Oberschlesien anwenden? Will sie im Falle eines Streiks die ober-schlesischen Arbeitermassen mit Bajonettsgevalt zur Arbeit zwingen?“

Der Reich hat seine Schuldigkeit getan, jetzt wird er dafür noch bestraft. Die ober-schlesischen Arbeiter haben sich für nationalstiftliche Absichten oft mißbrauchen lassen. Als die Sache noch unentschieden war, wurden sie unerschrocken, Korjanty zeigte nicht mit Versprechungen. Jetzt ist die Gefahr vorbei, jetzt wird die kapitalistische Peinliche erhaltungsgeltes geschwungen. Schon dies eine Weiterführung neupolnischer Klassenjustiz wird den „abgetrennten“ Arbeitern Oberschlesiens die Entzeden zu Gemüte führen, wessen sie sich von ihren „nationalen Herren“ zu versehen haben.

Saargebiet.

Ein gemeingefährlicher Schwindel.

Während des Krieges wurde ein von schwerindustriell-allebeischer Seite bezahltes Flugblatt verbreitet, worin hier wie die Zinte „nachgewiesen“ ist, daß ich ein Agent des feindlichen Auslandes sei. Inwiefern ist mich gegen die Annerion von Langwath-Bien ausstrahl, deren Lebensnotwendigkeit für Deutschlands Volkswirtschaft ich energisch lehrte. Das Flugblatt wirkt mir vor, ich hätte mehr Sympathien für die Franzosen als für meine deutschen Hallsengen. Das war auch eine an die Militärbehörde gerichtete Aufforderung, den „Auslandsegeren“ aufmerksam beobachten zu lassen. Dies Flugblatt hob ich mit zur Erinnerung an die Schzeit der nationalstiftlichen Verdienlichkeit.

Die Erinnerung wurde außerordentlich lebendig, als ich im Leitartikel des „Neuen Saar-Kurier“ (Nr. 276) las, daß ich — während des Krieges die allebeutschen Annerionisten unterstützt habe, auch jetzt noch mit ihnen sympathisiere! Genau so wie damals die allebeutschen-industriellen Schreiberlein meinen rechnerisch-wirtschaftlichen und produktionsstatistischen Ausführungen gegen die Annerion von Langwath-Bien mit häßlich sein sollten, schmählichen Redensarten entgegenzusetzen, muß es mich auch ihnen der „Neue Saar-Kurier“ nach. Die Annerionspolitiker befolgen eben überall dieselbe Methode. Dummheit schwindet der „Neue Saar-Kurier“, ich hätte „zwischen den Zeilen“ gegeben, daß die Gelüste auf Langwath und Brie her nationalstiftlichen Grundzüge nicht anbehalten. Ich fordere den „Neuen Saar-Kurier“ auf, anzugeben, wo, zu welcher Zeit, in

welcher Weise ich auch nur „zwischen den Zeilen“ die annerionistischen Gelüste auf das genannte Ergegebiet als der „natürlichen Grundlage“ nicht entbehrend anerkannt habe! Niemand kann diesen Nachweis führen, die Schreiberlein des „Neuen Saar-Kurier“ ist ein frecher Schwindel, verübt, um das Treiben dieses laubenen Organs für die Bergarbeiterzerfplitterung im Interesse des westlichen Kapitalismus und Imperialismus zu verschleiern. Einmal protest ist es, auch nur den Verdacht zu hegen, ich stünde mit den Leuten in Verbindung, die kürzlich in Essen eine Massenversammlung, die sich mit dem Saargebiet beschäftigte, arrangierten. Die Macher dieser Versammlung gehören Kreisen an, deren allebeutsche Propaganda ein großes Maß von Mitschuld an dem Kriegsausbruch und dem Kriegsverlauf trägt. In der Versammlung trat auch der Kapist Oberst Ehlender-München als Referent auf. Ist es schon kompletter Wahnsinn, so liegt doch eine nicht erträgliche Methode darin, daß der „Neue Saar-Kurier“ schreibt, „heraus vermutet man, daß der Urheber (!!) dieser treudeutschen Massenversammlung der „Ag. Sue ist!“ Höher hinauf geht wohl nicht? Schamlos! Ein ekelhaftes Schandwerk! Kann mir der „Neue Saar-Kurier“ ein in Frankreich erscheinendes Blatt nennen, das, in französischer Sprache natürlich, die Abgestandenes des „östlichen Heimatdienstes“ ist? Ich bin weber für den „westlichen“ noch für den „östlichen“ Heimatdienst verpflichtet, aber ich verheße es, wenn beispielsweise ein Franzose einen Franzosen, der im Dienste der allebeutschen Propaganda stünde, mit Verachtung strafe. Das Gefühl wäre natürlich. Gerade die Subjekte, welche sich der imperialistischen Propaganda gegen das Land und Volk, dem sie nach Geburt und Sprache angehören, widmen, sind die bössartigsten Sindernisse eines ehrlichen Völkerverständigung! Ist diese Völkerverständigung trat ich stets ein, die Völkerverheugung bekämpfe ich, mag sie nun „östlich“ oder „westlich“ orientiert sein. Beide sind fluchwürdig! Weid der „Neue S.-K.“ diese meine Ansichten sehr wohl kennt, deshalb will er mich zum allebeutschen Annerionspolitiker stemeln. Die laubere Junst der Völkerverheuger gibt sich vergebliche Mühe. Die Saarkameraden haben erkannt, wohin das gemeingefährliche Schwindelblatt aus der Alleestraße freid.

Otto Sue.

Ehren-Walk, der Einbruchstehner, zur Blamage der kommunistischen Partei immer noch „kommunistischer“ Parteiführer in Saarbrücken, glaubt, sich mit der „Bergarbeiter-Zeitung“ durch die „Freiheit“-Düsseldorfer über die Ausstrahlungen seiner Verbrechen natur unterhalten zu können. Unsere Liebhäberer ist es nicht, uns mit einem Schmutzigen zu beschäftigen. Hat er Courage, dann verfolge Ehren-Walk die „Bergarbeiter-Zeitung“. Vor Gericht wird das angeklagte Kind schon geschaukelt werden. Also los! Inzwischen warnen wir die Saarkameraden bringlich, Ehren-Walk auch nur über den schmalen Weg zu trauen!

Verbandsnachrichten.

Kameraden! Mit dieser Nummer ist der Beitrag für die 52. Woche (vom 18. bis 24. Dezember 1921) fällig. Wir bitten alle Kameraden um pünktliche Zahlung der Beiträge.

Achtung, Jugendobente! Wir weisen darauf hin, daß Flugblätter usw. stets bei der Bezirksleitung zu bestellen sind und nicht bei der Erpdition. Die Jugendzentrale.

Auf Antrag der Zahlstelle Rothhausen sowie der Bezirksleitung Essen werden die in Nr. 15 der „Bergarbeiter-Ztg.“ wegen Disziplinbruchs und Nichtbeachtung der Generalversammlungsbeschlüsse aus dem Verbande ausgeschlossenen Mitglieder Heinz Krieger (Nr. 360 675), Julius Junfer (Nr. 495 746), August Nieland (Nr. 24 669), Karl Stoller (Nr. 54 600), Franz Junfer (Nr. 150 044), Bernh. Sölter (Nr. 59 938) und Wilhelm Karla (Nr. 52 181), nachdem diese schriftlich erklärt haben, in Zukunft die Sitzungen des Verbandes sowie die Beschlüsse der Verbandssitzungen und der Generalversammlung zu beachten und danach zu handeln, hiermit wieder in ihre alten Rechte eingesetzt.

Wer den Aufenthalt des Bergmanns Ewald Brecker, geboren 12. August 1891, kennt, wird gebeten, dessen genaue Adresse an unser Bezirksbureau Aachen, Kleinfolnstraße 18, mitzuteilen. Es handelt sich um eine sehr wichtige Angelegenheit. Vor Aufnahme des Brecker in den Bergarbeiterverband wird gewarnt.

Bücherrevisionen.

Blümelich. Vom 15. Dezember bis 1. Januar.

Adressenänderungen.

Sordel. Der 1. Vertrauensmann Walter Kademacher wohnt Seinschstraße 5, der 1. Kassierer Hermann Wahler Mühlent. 24. Hüls. Der 1. Vertrauensmann Hermann Lange wohnt Seinschstraße 21. Dort befindet sich auch die Bibliothek. Ausgabe der Bücher jeden Sonntag von 12—1 Uhr.

Taschenkalender für Bergarbeiter für Mitglieder 7,50 Mk., im Buchhandel 10 Mk.

Wieder eingetroffen und von uns zu beziehen: Geldtafetten zum Preise von 235, 255, 195, 155 und 125 Mk. — Eintrittskarten (zum Ausfüllen), auf grünem Karton gedruckt, 100 Stück 10 Mk. — Bücher-Gutternale, Stück 1 Mk. — „Der Frauen Hausbuch“ 8 Mk. — „Vorwärts“-Almanach 4 Mk. — „Die Bergarbeiter“ von Otto Sue (2 Bände) 30 Mk. — „Die Berufsschule“ von Dr. Olga Effig, 2,50 Mk. — Zeitungsstücken 14 und 26 Mk.

Der Berggeist. Erinnerungen eines Bergarbeiters. Preis für Mitglieder 4 Mk., im Buchhandel 5 Mk.

Was die Ruhr mir sang.

Geschle von H. Kämpchen.

Dritter Band.

Preis für Mitglieder des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands 4 Mark — — — — — im Buchhandel 6 Mark.